

SPD, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und FDP

Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen

Antrag zur Sitzung des Verwaltungsausschusses
der Stadt Göttingen
am 11. September 2006

Göttingen, 24. August 2006

Modellprojekt "Beitragsfreies Kindergartenjahr"

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt:

beim Land Niedersachsen einen Antrag auf Förderung eines Modellprojektes "Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr in Göttingen" zu stellen.

Dabei sollen insbesondere die Vorteile, Chancen und Auswirkungen eines beitragsfreien Kindergartenjahres in folgenden Bereichen erprobt und evaluiert werden:

- frühkindliche Bildung und verbesserte Verzahnung mit der Grundschule
- Verbesserung der Besuchszahlen im Jahr vor der Einschulung
- Sprachförderung und
- Integration von Kindern mit Migrationshintergrund.

Die örtlichen Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich für die Förderung einzusetzen.

Begründung

Aufgrund eines Kabinettsbeschlusses des Landes sollen in den kommenden Jahren 25 Millionen Euro jährlich zusätzlich für die Verbesserung des Betreuungsangebotes für Kinder bereit gestellt werden. Mit jährlich 5 Millionen Euro davon soll auch die Verzahnung von Grundschulen und Kindertagesstätten verbessert werden. In der Pressemitteilung des Landes heißt es dazu: "Zudem fördert die Landesregierung eine bessere Verknüpfung von Kindertagesstätten und Grundschulen."

Unter allen Parteien herrscht weitgehende Einigkeit, dass die Beitragsfreiheit von Kindergärten ein zentraler Schlüssel der Förderung frühkindlicher Bildung ist, da auf diesem Wege allen Kindern der Zugang zu optimaler Bildung bereits im Kindergarten ermöglicht wird. Diese Bildungsansätze können dann der Grundschule erfolgreich weitergeführt werden.

Andere Bundesländer, wie etwa Rheinland-Pfalz, haben deshalb die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres fest eingeführt. Auch Mitglieder der Landesregierung in Niedersachsen wie Ministerpräsident Wulff und Kultusminister Busemann haben sich öffentlich grundsätzlich für die Beitragsfreiheit ausgesprochen. In Göttingen ist die Einführung auf Grund der Finanzlage jedoch untersagt worden.

Nachdem trotz einiger Ankündigungen vom Land keine Mittel für ein allgemeines beitragsfreies Kindergartenjahr bereitgestellt werden, sollte dies aber zumindest in Göttingen in einem Modellprojekt erprobt werden. Dazu ist die Stadt aufgrund ihrer Bildungsinfrastruktur hervorragend geeignet. Auch die soziale Struktur der Einwohner mit einem teilweise hohen Migrantenanteil spricht dafür, auf diesem Weg die Chancen für Sprachförderung und Integration zu erproben und zu evaluieren.

Zudem bietet ein solches Modellprojekt die Möglichkeit, die landesweite Einführung der Beitragsfreiheit vorzubereiten. Die Erfahrungen zur Verknüpfung von Grundschule und Kindergarten und der Auswirkungen von Beitragsfreiheit auf einen höheren Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in der KiTa könnten von anderen Kommunen übernommen.

Da davon auszugehen ist, dass die Fördermittel aus dem 25-Millionen-Programm nach dem Windhundverfahren vergeben werden, ist Eile geboten, um so schnell wie möglich einen entsprechenden Antrag auf Förderung von Seiten der Stadt auf den Weg zu bringen.

